



Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

EINFACH MIT DEM HANDY SCANNEN

Hier geht es zu den neuesten Nachrichten auf FAZ.NET



KRIEG IM DORF

Wie russische Truppen in besetzten Orten vorgehen.
Politik

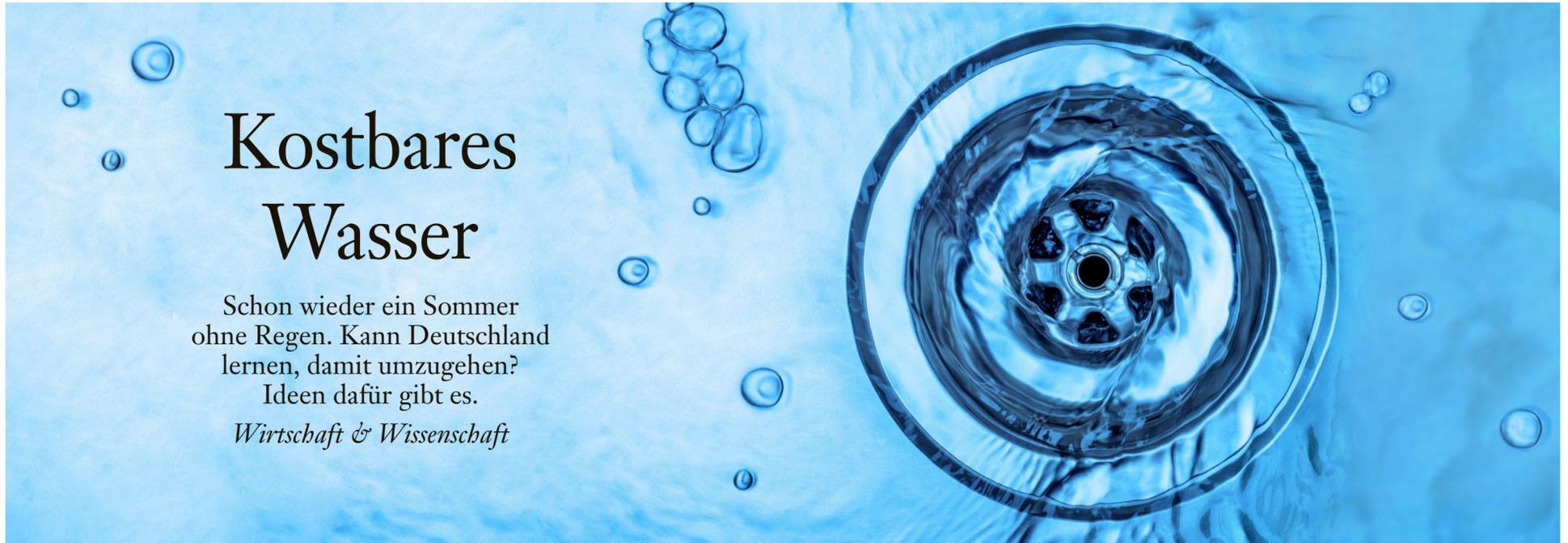


POPULIST VS. POPULIST

Den Brasilianern stehen unruhige Zeiten bevor.
Politik

LEICHEN UND SCHMUGGEL

Unterwegs mit der Wasserschutzpolizei Rhein-Main



Kostbares Wasser

Schon wieder ein Sommer ohne Regen. Kann Deutschland lernen, damit umzugehen? Ideen dafür gibt es.

Wirtschaft & Wissenschaft

Foto iStock, Bearbeitung F.A.S.

Fracking wäre eine Lösung

Die Risiken gelten heute als beherrschbar. Doch die Regierung scheut den Konflikt mit den Gegnern. *Von Justus Bender und Morten Freidel*

Deutschland hat genug Gas. Es ist direkt hier, unter unseren Füßen, 1300 Milliarden Kubikmeter. Das ist viel, unser ganzes Land könnte 14 Jahre lang damit heizen, ohne etwas zu importieren. Würden wir hundert Jahre lang ein bisschen fördern, könnten wir zumindest die Preise drücken. Das ist die gute Nachricht.

Die schlechte ist: Niemand will das Gas fördern. Denn es ist Schiefergas, und um da dranzukommen, muss man fracken. Die meisten Bürger haben eine Ahnung, dass Fracking sehr gefährlich sein kann, sie kennen Geschichten aus Amerika und Bilder von brennendem Leitungswasser. Im schlimmsten Fall kann es zu Erdbeben kommen, Methan kann in die Atmosphäre entweichen, das Grundwasser kann verseucht werden. Deshalb hat die große Koalition 2016 das Fracking verboten und eine Expertenkommission beauftragt, die Risiken des Frackings zu erforschen. Auf Grundlage ihres Berichts sollte der Bundestag im Jahr 2021 noch mal beraten. Die Kommission wurde mit lauter Umweltschützern besetzt, vom Umweltbundesamt, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung und so weiter. Vielleicht dachten die Politiker, so würde man schon herausfinden, wie gefährlich das Fracking ist. Das Gegenteil geschah.

Das Risiko von Erdbeben schätzten die Experten als „äußerst gering“ ein, die Gefahr für das Grundwasser als „gering“. Zum Methan stellten sie fest, dass nur zwei bis vier Prozent in die Atmosphäre entweichen. Das ist wenig. Irgendwas entweicht immer, auch bei Pipelines aus Russland und Tankern aus Amerika. Fracking ist weltweit mittlerweile tausendfach erprobt, die Technik hat sich weiterentwickelt, es gibt kaum noch Probleme. Die deutschen Kommissionsmitglieder sind auch keine Hitzköpfe, der Umweltschutz ist ihr Anliegen und nichts sonst. Der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, Holger Weiß, sagt, das Vorsorgeprinzip im Wasserschutz sei sakrosankt: „Deshalb sind wir im Zweifel

immer auf der vorsichtigen Seite, mit Hosenträger und Gürtel.“ Aber selbst einer wie er muss anerkennen, wenn beim Fracking benutzte Flüssigkeiten maximal Gefährdungskategorie 1 haben. Das ist kein Gift. „Das ist Spüll“, sagt er. „Heutzutage kann man Fracking mit einem vertretbaren Restrisiko machen.“

Der Bericht der Experten erschien 2021, aber kaum jemand las ihn. Die

Wirtschaftsminister Robert Habeck argumentiert mit Umwelttrisiken. Dabei halten seine eigenen Experten die Gefahren für überschaubar.

Internetseite der Kommission besuchen nur wenige Hundert Menschen im Jahr. Im Bundestag gab es auch kein Interesse und keine Debatte. Das Wirtschaftsministerium schrieb in einer Stellungnahme, das Fracking-Verbot habe sich „bewährt“. Ansonsten: kein Änderungsbedarf. Acht Monate später überfiel Russland die Ukraine.

Heute argumentieren Wirtschaftsministerium und Landesregierungen immer noch so, als hätte es den Bericht nie gegeben. Auf die Frage, ob über Fracking noch mal diskutiert werden könne, teilt eine Sprecherin von Robert Habeck mit, Fracking sei verboten „aufgrund der schädlichen Auswirkungen auf Umwelt und Wasser“. Auch in Niedersachsen halten sie die Risiken von Fracking immer noch für zu groß, insbesondere die „mögliche Gefährdung des Trinkwassers“. Ihre Quelle ist das Umweltbundesamt. Deren oberste Wasserschützerin Lilian Busse war aber Teil der Expertenkommission der Bundesregierung, und die hält dieselben Risiken bekanntlich für gering. Auf den Vorschlag, zu fracken, reagieren die Niedersachsen geizt.

„Gehts noch?“ schrieb Ministerpräsident Stephan Weil kürzlich auf Twitter. Dabei hatte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe schon 2016 berichtet, „aus geowissenschaftlicher Sicht“ könne Fracking „kontrolliert und sicher erfolgen“. Die Aufgabe der Bundesanstalt ist es, den Bundeswirtschaftsminister wissenschaftlich zu beraten. Habeck ignoriert also die eigenen Leute. Er ignoriert auch, dass Fracking gemacht wird, nur unter anderem Namen. Nämlich in der Geothermie, wenn sie heißes Tiefenwasser hochpumpen, um die Wärme zu nutzen.

Fracking heißt dort „hydraulische Stimulation“. Es gibt nur kleine Unterschiede, das Bohrverfahren ist das gleiche. Fracking bedeutet, man bohrt in Gesteinsschichten und presst Wasser hinein, bis die Steine brechen. So kann Erdgas entweichen oder warmes Salzwasser wie bei der Geothermie. In beiden Verfahren gibt es die gleichen Risiken. Erdbeben zum Beispiel. Oder salziges Tiefenwasser, das süßes Grundwasser verseucht. Gas kann austreten, das ist bei jeder Tiefenbohrung so. Bei der Geothermie werden Beben überwacht, bei kleinsten Ausschlägen wird das System heruntergefahren. Die Bohrköpfe werden abgesichert gegen Gasaustritte. Und das Grundwasser wird mit Zementdichtungen geschützt. Es gibt Risiken, aber sie werden akzeptiert, bei Thermalwasser, nicht bei Gas. In beiden Fällen ist die Technik erprobt, sie funktioniert. Der einzige Unterschied: Geothermie ist grün, Fracking ist fossil.

„Wenn man Fracking richtig macht, ist das Risiko gering. Das ist eine etablierte Technologie“, sagt Christoph Hilgers, Geologe am Karlsruher Institut für Technologie. Er wirbt um Vertrauen: „Umweltschutz ist die ureigenste Sache unserer Disziplin.“

Wenn all das stimmt, warum wird dann nicht gefrackt? Eine Antwort ist, Deutschland konnte sich das lange leisten. Pipeline-Gas aus Russland war billiger und in Massen verfügbar. Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP,

Torsten Herbst, spricht von einem „Wohlstandsphänomen“. Kein Politiker wollte eine Technologie durchpeitschen, die damals niemand brauchte und vor der viele Angst hatten. Bis heute.

Bürgerinitiativen drohen mit heftigen Protesten, sollte in Deutschland gefrackt werden. Rüdiger Schmidt, Mitglied des Sprecherrats der niedersächsischen Bürgerinitiative „Kein Fracking in der Heide“, schreibt in einer E-Mail, man sei in „Lauerstellung“ und könne jederzeit wieder aktiv werden, „egal gegen wen – ob Teufel oder Beelzebub“. Mit solchen Leuten hätte es Weil zu tun, mitten im Landtagswahlkampf. Auch in Bayern wollen die Fracking-Gegner mobilisieren, sollte so eine „Blödsinnsdiskussion“ noch einmal aufkommen, wie es Hans Babl ausdrückt. Er ist Kreisvorsitzender des Bundes Naturschutz in Neustadt an der Waldnaab, der sich mit anderen Organisationen zum Bündnis „Abgefrackt“ zusammenschlossen hat. „Hier im Ort gibt's niemanden, der Fracking haben will“, sagt Babl. Die Telefonlisten haben sie noch in der Schublade, sie müssten nur ihre Leute anrufen. Babl selbst will keine Bohrmaschinen beschädigen. Dieses Versprechen kann er allerdings nicht für alle abgeben. Wer wisse schon, wozu die Radikalen von „Extinction Rebellion“ bereit wären? Es klingt wie eine Drohung.

Ministerpräsident Weil scheut den Konflikt. „Überall da, wo auch nur über ein solches Projekt nachgedacht wird, bilden sich jede Menge Widerstände. Dann hätte man sofort wirklich jahrelange Streitigkeiten vor der Brust“, sagte er kürzlich. Nur: Solche Haltungen können sich schnell ändern. Man sieht das an der Atomkraft. Schon heute ist eine Mehrheit der Deutschen dafür, die Atomkraftwerke mit neuen Brennstäben weiterzubetreiben. 41 Prozent wollen sogar neue Atomkraftwerke. Auch um das Klima zu schützen. Beim Fracking ist es ähnlich.

Weil Deutschland nicht fracken will, kauft es Gas, das woanders gefrackt wurde, etwa in Amerika. Das ist die Ironie. Ohne das Fracking dort wäre Deutschland der russischen Willkür ausgeliefert.

Für den Transport wird das amerikanische Gas durch Abkühlung verflüssigt, dabei geht bis zu einem Viertel der Energie verloren. Dann tuckern die Tankschiffe über den Atlantik und stoßen reichlich Kohlendioxid aus. In Europa angekommen, muss das Flüssiggas wieder aufgetaut werden. Das verbraucht auch Energie. Der Weg aus Niedersachsen wäre kürzer, sauberer und klimafreundlicher. Geostrategisch klüger wäre es ebenfalls. Russland schürt die Angst vor Fracking, damit es Europa erpressen kann. Schon 2014 warnte der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen davor, dass Russland mit Fracking-Gegnern in Europa zusammenarbeite, „um die europäische Abhängigkeit von russischen Gasimporten aufrechtzuerhalten“.

Doch die Regierung hat noch ein weiteres Argument. Sie sagt, die Industrie wolle gar nicht fracken. Im Gesetz steht, dass vier Probebohrungen erlaubt sind, die Industrie könnte sie beantragen. Es gibt aber keine Anträge. Nicht einen einzigen. Darauf verweist auch Habecks

Sollte gefrackt werden, wollen Bürgerinitiativen heftig protestieren. Man sei in „Lauerstellung“ und könne jederzeit aktiv werden.

Sprecherin. Wo niemand fracken will, da stört auch kein Verbot.

Das stimmt so nicht. Die Industrie stellt keine Anträge, weil die Länder das verhindern. Ludwig Möhring, Geschäftsführer des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie, sagt: „Landesregierungen, die gesetzlich verpflichtet wären, den Probebohrungen zuzustimmen, haben sich von vorneherein ausdrücklich gegen Probebohrungen ausgesprochen. Unsere Industrie hat

diese klare Positionierung respektiert und keine Anträge gestellt.“ Die Industrie würde also fracken, wenn die Gesellschaft das will.

Das stärkste Argument gegen Fracking kommt von Mona Neubaur, der grünen Wirtschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen: Für die nächsten Winter käme Schiefergas zu spät. Bis zur ersten Gasförderung bei einer Probebohrung würden zwei bis drei Jahre vergehen, bis es eine Fracking-Industrie gibt, vielleicht acht bis zehn Jahre. Vorher muss das Problem anders gelöst sein. „Bis dahin müssen wir massiv bei den bewährten und kostengünstigen erneuerbaren Energien vorankommen sein und Partner für die Lieferung von grünem Wasserstoff gefunden haben“, sagt Neubaur der F.A.S. Sie könnte recht behalten, aber das ist nicht sicher. Es ist eine Wette, die Deutschland gewinnen, aber auch verlieren kann.

Was, wenn wir in zehn Jahren immer noch Gas brauchen? Oder wenn das Flüssiggas aus Übersee ausbleibt? Möhring vom Gasverband sagt: „Wenn wir wüssten, dass der Gasmangel im nächsten Jahr vorbei ist, natürlich bräuchten wir dann schon wegen des zeitlichen Vorlaufs kein Schiefergas.“

Die Abneigung gegen Schiefergas irritiert viele, zum Beispiel Weiß von der Expertenkommission: „Man kann das eigentlich nur mit ideologischen Vorbehalten erklären. Einer sachlichen Grundlage entbehrt das.“ Und Herbst von der FDP sagt: „Was mich nervt, ist, dass die Diskussion in der Vergangenheit beim Thema Energie so bauchgetrieben war und so wenig fakten- und wissenschaftsbasiert.“

Als Russland die Ukraine überfiel, rechneten die Mitglieder der Expertenkommission damit, dass ein Bundestagsausschuss sie einlädt und nach dem Fracking fragt. Schließlich ist Deutschland in einer der größten Energiekrisen seiner Geschichte. Die Experten stimmten sogar ihre Urlaubspläne darauf ab, dass immer einer da ist, falls der Anruf aus Berlin kommt. Sie warten immer noch.

Mitarbeit: Reiner Bürger

Fotos AFP, Imago, Andreas Pein, Marcus Kauthold



SIE WILL SCHWIMMEN

Elena Semechin trainiert – und kämpft gegen den Krebs.

Sport

ÄRGER BEIM EINBAU

Hilfe, wir haben uns eine Küche gekauft!

Wert & Wohnen

SYLT FÜR ARME

Auch auf der Insel wird Essen an Bedürftige verteilt.

Politik



Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00
Internet: www.faz.net/meinabo
Abo-Bestellung: (0 69) 75 91-33 59
Im Internet: www.faz.net/abo

Belgien, Luxemburg, Österreich 5,20 € • Frankreich, Griechenland, Italien, Malta, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien, Kanaren, Zypern 5,50 € • Schweiz 6,00 sfrs

